



Liebe Leserinnen und Leser,

„Stadtbild“-Demonstrationen, „Brandmauer“-Diskussionen, „Kulturkampf“ – Deutschland, so scheint es, befindet sich im Herbst 2025 mal wieder im politischen Aufruhr. Schade nur, dass durch manch' symbolhaftes Gedröhne in der Öffentlichkeit der Blick dafür verloren geht, dass sich gerade tatsächlich auch inhaltlich etwas bewegt. Und davon sogar ganz schön viel: Mit der ersten von zwei parlamentarischen Sitzungsmarathon-Wochen in diesem Herbst hat unsere Regierunsarbeit ordentlich Fahrt aufgenommen.

Zahlreiche Gesetze wurden eingebracht, beraten und teilweise schon verabschiedet. Ich selbst hielt dabei vier Reden im Plenum. Drumherum besuchte ich Brüssel, nahm teil am Bildungspolitischen Forum und am TSI-Kongress, traf mich mit Verbänden und veranstaltete eine Bürgersprechstunde im Südkreis. Und nicht zuletzt gab es auch die Verabschiedung unseres langjährigen Landrates Thomas Hendele.

Mehr zu all dem lesen Sie in diesem Newsletter. Viel Spaß dabei!

Ihr und Euer
Dr. Klaus Wiener

Der Herbst der Reformen nimmt Fahrt auf

Wir hatten angekündigt anzupacken, und genau das machen wir: Fünf der ersten sechs Wochen nach der parlamentarischen Sommerpause waren Sitzungswochen im Bundestag. Und die hatten es in sich: Allein in dieser Zeit haben wir als Regierung nicht weniger als 34 Gesetzesinitiativen eingebracht.

Neun davon wurden bereits final verabschiedet, darunter so „prominente“ wie die Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes, die Umsetzung des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaschutz für Länder und Kommunen, der Vertrag zur Umsetzung des Nationalen Once-Only-Technical-Systems (NOOTS) oder der „Bau-Turbo“. Die weiteren 25 Initiativen befinden sich auch schon mitten im parlamentarischen Verfahren. Beispiele hierfür sind das Wehrdienst-Modernisierungsgesetz, das Gesetz zur Stabilisierung des Rentenniveaus, die Anpassung des nationalen Rechts an die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS), das Gesetz zum Wasserstoff-Hochlauf oder der Zuschuss zu den Übertragungsnetzkosten für 2026.

Besonders beachtenswert ist auch, dass unter den erwähnten Sitzungswochen gleich zwei

sogenannte „Haushaltswochen“ waren, in denen üblicherweise ausschließlich Beratungen und Abstimmungen über den Bundeshaushalt stattfinden, also die geplanten Einnahmen und Ausgaben für ein Haushaltsjahr festgelegt werden. Dabei wurde zum einen noch der Bundeshaushalt für 2025 verabschiedet, was aufgrund des Scheiterns der Ampel-Koalition nicht früher möglich gewesen war, und zum anderen der Bundeshaushalt für das kommende Jahr in den Bundestag eingebracht.

Auch in den kommenden Wochen wird es nicht minder ambitioniert weitergehen: Für die nächste Sitzungswoche Anfang November sind bereits 17 Initiativen geplant, die entweder final beschlossen oder in den Bundestag eingebracht werden, etwa die Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes, das Gesetz zur Befugnisserweiterung und Entbürokratisierung der Pflege oder das Gesetz zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen.

Das mag bisweilen etwas sperrig klingen, sorgt aber für politische Entrümpelung. Und die ist bekanntlich bitter nötig.



Auf einem Panel des TSI-Kongresses diskutierte ich gemeinsam mit Vertretern aus Wissenschaft und Finanzwesen zu der Frage, wie wir private Finanzmittel stärker mobilisieren können, um in die Transformation zu investieren. Ganz konkret ging es auch um die Frage, welche Rolle Verbriefungen hier spielen können. Klar ist: Bei den immensen Summen, die wir in den kommenden Jahren für die Herausforderungen unserer Zeit aufbringen müssen, brauchen wir auch alternative Finanzierungsmodelle. Unsere Aufgabe in der Politik ist es hier, den regulatorischen Anschlag für Investitionen aus der Privatwirtschaft zu geben.

Vortrag beim Leasing-Verband



Beim Bundesverband Deutscher Leasingunternehmen habe ich zum Auftakt der Jahrestagung im alten Gasometer in Berlin die Keynote gehalten. In meinen wirtschaftspolitischen Ausführungen habe ich besonders die Notwendigkeit einer Erhöhung des Produktivitätswachstums betont und für gute Rahmenbedingungen plädiert, um private Finanzmittel zu mobilisieren, was bei den Branchenvertretern großen Zuspruch fand.



Ein Monat mit vielen Reden im Plenum

In diesem Monat stand ich viermal am Rednerpult des Bundestages. Einmal zum erfreulichen Thema diverser Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit u.a. Vietnam, Singapur oder Ghana. In Zeiten geopolitischer Unsicherheiten und einer zunehmenden Fragmentierung unseres Welthandels ein starkes Signal für den freien Welthandel ([hier geht's zur Rede](#)). In der von den Linken einberufenen Aktuellen Stunde nutzte ich die Gelegenheit, um deren wirtschaftspolitische Ansätze etwas genauer unter die Lupe zu nehmen. Denn alle Probleme mit einem Mehr an Staatskonsum und Transfers lösen zu wollen, würde Deutschland wirtschaftlich zum toten Mann Europas machen ([hier geht's zur Rede](#)).

Zudem beschäftigte ich mich mit einem AfD-Antrag zum Aus des Verbrenner-Verbots. Sicherlich, das Thema schlägt auch in unseren Reihen hohe Wellen. Jedoch konnten wir uns auf eine Flexibilisierung der Ziele einigen ([hier geht's zur Rede](#)). In einer weiteren Aktuellen Stunde auf Zuruf der AfD konfrontierte ich eben jene Fraktion mit deren wirtschaftspolitischen Weltbild, aber auch deren Auftreten im Parlament. Denn es ärgert mich wirklich maßlos, dass diese Fraktion Reden mittlerweile nur noch für ihre Social-Media-Kanäle inszeniert und dabei Falschbehauptungen und überzogene Darstellungen der aktuellen Situation in die Welt setzt ([hier geht's zur Rede](#)).



Ein Tag voller Termine in der EU-Hauptstadt

Warum ein Text zu meiner Brüssel-Reise auf der Berlin-Seite? Ganz einfach: Brüssel und Berlin sind zwar knapp 800 km voneinander entfernt, inhaltlich sind das europäische und das deutsche Regierungsviertel aber eng miteinander verwoben. Höchst relevante Themen wie der europäische Energiemarkt, Klimaziele oder Handelsverträge werden auf EU-Ebene entschieden und müssen dann von uns in nationales Gesetz umgesetzt werden. Daher ist ein Austausch mit den Brüsseler Kollegen immer wertvoll, um frühzeitig und aus erster Hand über die Initiativen auf EU-Ebene informiert zu bleiben. Deshalb habe ich mich im Oktober auf eine Einzel-Dienstreise nach Brüssel begeben, um Termine mit hochrangigen Beamten der Europäischen Kommission und dem Think Tank EPIC wahrzunehmen. Ein aufschlussreicher Tag mit vielen neuen Kontakten und Informationen, die ich in meine parlamentarische Arbeit einbringen werde.

Diskussion beim Bildungspolitischen Forum

Über die Teilnahme als Panelist beim Bildungspolitischen Forum habe ich mich sehr gefreut. Denn gerade als Wirtschafts- und Finanzpolitiker betone ich immer wieder, dass es nur drei Wege gibt, um aus der aktuell stagnierenden Produktivitätsentwicklung herauszuwachsen. Das sind: private und öffentliche Investitionen, Innovation und – ganz wichtig – gute Bildung. Ein Fokus lag auf der Transformation des Arbeitsmarktes in Zeiten von Dekarbonisierung, Digitalisierung und einer alternden Gesellschaft. Mein Plädoyer: Jeder junge Mensch in Deutschland braucht eine solide schulische Grundausbildung, um ein starkes Fundament für eine berufliche bzw. akademische Ausbildung zu haben. Danach geht es darum, Fachwissen zu erwerben und dynamisch und kontinuierlich zu ergänzen. Nur so lässt sich die Wettbewerbsfähigkeit in unserem Land steigern und Wohlstand erhalten.



In den Medien

Das Parlament: „Streit um den richtigen Antrieb hält an“
[Hier den Artikel lesen.](#)

Fraktion online: „Wir brauchen strukturelle Reformen“
[Hier den Artikel lesen.](#)

Lokalklick: „Klaus Wiener wirbt für Jugendwettbewerb“
[Hier den Artikel lesen.](#)

Im Gespräch



Die „Bürgersprechstunde“ ist fester, weil unabdingbarer Bestandteil meiner politischen Arbeit, bekomme ich hier doch ungefiltert mitgeteilt, was die Menschen im Südkreis bewegt. Auch diesmal besprach ich Themen in großer Bandbreite – von Inklusion über wirtschaftliche Entwicklung bis hin zu Windkraft in Mettmann. Vielen Dank für diesen „Input“, den ich natürlich mit nach Berlin nehme.

Impressum

Dr. Klaus Wiener MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 - 227 75621
Mail: klaus.wiener@bundestag.de

Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, [klicken Sie hier.](#)

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 31. 10. 2025



WAHLKREIS



Zwischen Rhein und Spree

Aktuelles aus Berlin und dem Wahlkreis von Dr. Klaus Wiener

Würdige Verabschiedung von Landrat Hendele



26 Jahre, 123 Kreistagssitzungen, unermüdlicher Einsatz für den Kreis Mettmann – mit Thomas Hendele geht ein prägender Landrat. So wurde denn auch seine Verabschiedungsfeier im Forum Velbert zum großen Treffen zahlreicher Wegbegleiter, voller dankbarer Erinnerungen und spannender Anekdoten. Zu den Gästen zählte natürlich auch die künftige Landrätin Dr. Bettina Warncke, die einen gut aufgestellten Landkreis übernimmt. In diesem Sinne: Vielen Dank, lieber Thomas und alles Gute, liebe Bettina!

Besuch beim Pharma-Unternehmen

Medikamente für die Welt „Made in Monheim“: Bei einem Besuch des global operierenden Pharma- und Biotechnologieunternehmens UCB in Monheim sprach ich mit dessen CEO Jean-Christoph Tellier über die aktuelle wirtschaftliche Lage – und die damit verbundenen großen Herausforderungen für die Branche. Vor dem Hintergrund von hoher EU-Regulierungsdichte und US-Zollpolitik herrscht große Sorge in der Branche um den Erhalt der finanziellen Innovationskraft, die im Pharmasektor gerade im Bereich seltener Erkrankungen aufgrund der hohen Forschungsintensität von besonderer Bedeutung ist. Hier gilt es, gute Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung zu schaffen, um die Versorgung der Menschen mit fortschrittlicher Medizin zu sichern.



Vortrag bei den Wirtschaftsjunoren

Wie findet man den richtigen beruflichen Start ins Leben, und wie geht man dabei mit Rückschlägen und lebensverändernden Entscheidungen um? Darüber habe ich auf Einladung der Wirtschaftsjunoren Düsseldorf in einem innovativen Format in der Landeshauptstadt diskutiert. Als wichtiges Learning habe ich den Gästen mit auf den Weg gegeben, sich auch außerhalb des gewohnten Umfelds auszutauschen und bisherige Informationsquellen zu erweitern.



Die Zahlen muten schon beachtlich an: Rund 850 Mrd. € neue Schulden wird die Bundesebene bis zum Jahr 2029 machen. Gemessen an der jährlichen Wirtschaftsleistung - also gemessen am aktuellen Bruttoinlandsprodukt (BIP) - sind das immerhin knapp 20 %. Vielen stellt sich damit die Frage, ob Deutschland sich finanziell übernimmt.

Zugegeben, auch ich habe kein gutes Gefühl, wenn wir als Land innerhalb so kurzer Zeit den gesamtstaatlichen Schuldenberg, der ja bereits jetzt 2,6 Billionen € beträgt, noch einmal so deutlich nach oben treiben. Pro Sekunde kommen aktuell gut 5000 € hinzu. Von Säuglingen bis zum den Ältesten beträgt die Pro-Kopf-Verschuldung bereits heute 31000 €.

Warum habe ich den neuen Schulden dann zugestimmt? Zwei Gründe sind ausschlaggebend. Zum einen müssen wir unsere Verteidigungsfähigkeit deutlich stärken. Der russische Angriffskrieg und die Verschiebungen in den USA haben deutlich gemacht: Wir müssen mehr für unseren Schutz tun! Die Friedensdividende, über die wir uns nach dem Fall der Mauer so freuen konnten, ist leider weg. Jetzt müssen wir im europäischen Verbund sehr schnell dafür sorgen, dass kein Aggressor auf die Idee kommt, uns oder unsere Verbündeten in Europa anzugreifen.

Ein weiterer Grund für meine Zustimmung war, dass das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaschutz so angelegt wurde, dass die vorhandenen Mittel ausschließlich für Investitionen verwendet werden – und zwar zusätzliche Investitionen. Machen wir dies konsequent, ist das Geld gut angelegt, denn wir können auf eine gesamtwirtschaftliche Rendite in Form von höherem Wachstum hoffen. Mit anderen Worten: Viele der hier getätigten Ausgaben werden sich von selbst finanzieren.

Wichtig ist allerdings, dass wir die finanziellen Mittel nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern oder für rein konsumtive Ausgaben verwenden. Viele Wünsche, die ich auf allen politischen Ebenen von der Kommune über die Länder bis zum Bund derzeit wahrnehme, bereiten mir Sorgen. Für sich genommen sind viele der Anliegen aller Ehren wert. Radwege, Schwimmbäder oder gute Rathäuser: Wer wäre denn nicht dafür? Sie haben aber konsumtiven Charakter, und deshalb müssen sie aus den Kernhaushalten finanziert werden! Als Volkswirt sage ich deutlich: Das Sondervermögen darf hierfür nicht missbraucht werden.

Einziges Kriterium für die Ausgaben des Sondervermögens muss die Frage sein, ob die Ausgaben geeignet sind, unser Wachstumspotenzial zu erhöhen. Dies liegt mit rund 0,5 % sowohl im historischen als auch im internationalen Vergleich am Boden. Deshalb sollten die Gelder ausschließlich dafür verwendet werden, dass wir marode Brücken ertüchtigen, Engpässe an Verkehrsknotenpunkten beseitigen, Lückenschlüsse vollziehen, die Energieinfrastruktur ausbauen oder die Digitalisierung voranbringen. Verwenden wir die finanziellen Mittel anders, wird das Sondervermögen als Strohfeuer verpuffen. Außer höheren Schulden schlägt am Ende nichts zu Buche.

Noch ein Wort zu den Zahlen: Deutschland hat aktuell mit 64 % gemessen am BIP eine vergleichsweise geringe Staatsverschuldung. Länder wie Frankreich oder Italien, aber auch Japan und die USA liegen bei weit über 100 %. Hier profitieren wir davon, dass die im Jahr 2009 unter Unionsführung ins Grundgesetz aufgenommene Schuldenbremse für fiskalische Disziplin gesorgt hat. Ohne diese Ausgabenzurückhaltung wäre es heute wohl kaum möglich, die erforderlichen Mittel für die Ertüchtigung der Bundeswehr und den Ausbau der Infrastruktur aufzubringen – zumindest nicht zu den weiterhin sehr niedrigen Zinsen bei Bundesanleihen. Mit den neuen Schulden wird die Staatsverschuldung auf rund 80 % bis 90 % gemessen am BIP steigen, je nach Wachstumsannahme und – ich betone es noch einmal – Verwendung der Mittel. Dies ist keine erfreuliche Entwicklung, aber auch kein Beinbruch. Nach der Finanzkrise im Jahr 2010 lag die gesamtstaatliche Verschuldungsquote schon einmal bei knapp 83 %, bevor sie bis zum Jahr 2019 auf 59,5 % zurückgeführt werden konnte.

Manchmal teilen mir gerade junge Menschen im Gespräch mit, dass sie die neuen Schulden mit Sorge sehen. Sie befürchte, dass Gestaltungsspielräume in der Zukunft enger werden, von perspektivisch noch höheren Steuern zur Bedienung der Staatsschulden ganz zu schweigen. Diese Sorgen verstehe ich. Aber auch deshalb ist es so wichtig, dass die Gelder nur für Investitionen verwendet werden! Zudem werde ich mich dafür einsetzen, dass die Schuldenbremse erhalten bleibt. Aktuell gibt es Bestrebungen, dieses etablierte Instrument zu „modernisieren“. Mein Verdacht ist: Vielen geht es hier nicht um eine bessere Schuldenregel, sondern um zusätzliche Ausgabenspielräume, um lang gehegte politische Verteilungsträume umzusetzen. Auch solchen Bestrebungen werde ich mich nach Kräften entgegenstellen.